

### SV-Report zum 15. Mai 2024

#### Staatsausgaben explodieren

Einmal in der Legislaturperiode legt das Finanzministerium offen, wie es um die Staatsfinanzen mittel- und langfristig bestellt ist. In dem im März veröffentlichten „Sechsten Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ zeigt sich, dass die staatlichen Finanzen in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels vor erheblichen Herausforderungen stehen.

Basierend auf einem Forschungsgutachten externer Wissenschaftler, stellt der Bericht für einen Zeitraum bis 2070 Vorausberechnungen zu den demografieabhängigen Ausgaben in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, Arbeitslosigkeit und Bildung und Familie vor.

Trotz einer günstigeren demografischen Ausgangslage als im 5. Tragfähigkeitsbericht und einer durch Zuwanderung stabileren demografischen Entwicklung wird durch den Austritt der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt dennoch bereits in den 2020er-Jahren der Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter mit einem Anstieg der Bevölkerung im Ruhestand einhergehen. Bereits heute ist etwa jede zweite Person älter als 45 Jahre und jede fünfte Person älter als 66 Jahre. Der Anteil der 67-Jährigen und Älteren wird bis 2024 besonders stark ansteigen, von knapp unter 20 Prozent in 2021 auf 23 bis 26 Prozent. Die fortschreitende Alterung führt zu einer überproportional ansteigenden Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme.

Die Ausgabenentwicklung legt die unzureichende Zukunftsfestigkeit der gegenwärtigen Regelungen offen. Die alterungsbedingten öffentlichen Ausgaben (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) werden von 19,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2021 unter ungünstigen Bedingungen auf 26,3 Prozent in 2070 steigen (unter günstigen Bedingungen 21,5 Prozent des BIP).

Steigende Finanzierungsdefizite führen langfristig zu einem sich beschleunigenden Anstieg der Schuldenstandsquote bis 2070 auf rund 365 Prozent des BIP. In einem günstigen Szenario steigt die Quote bis zum Jahr 2070 immerhin noch auf rund 140 Prozent des BIP.

#### Alterseinkünfte von Frauen ein Viertel geringer als von Männern

Das durchschnittliche Erwerbseinkommen von Frauen ist niedriger als das der Männer. Das sogenannte Gender Pay Gap betrug im Jahr 2023 unverändert gegenüber dem Vorjahr 18 %. Männer verdienen im Schnitt 25,30 Euro brutto, Frauen 20,84 Euro. Auch bei Auswertung des Verdienstes bei vergleichbarer Qualifikation, Tätigkeit und Erwerbsbiografie, dem bereinigten Gender Pay Gap, erhielten Frauen im Schnitt sechs Prozent weniger als Männer.

Je nach Alter variiert der Verdienstunterschied. Vor allem im Alter ab Anfang 30, wenn Frauen im Schnitt ihr erstes Kind zur Welt bringen, nimmt das Gender Pay Gap zu, da Frauen oft familienbedingt ihre Karriere unterbrechen und in Teilzeit arbeiten, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Liegt das unbereinigte Gender Pay Gap bei 20-Jährigen noch bei 8 %, liegt es bei Beschäftigten im Alter zwischen 57 und 61 Jahren bei rund 27 %.

Es wundert daher nicht, dass Frauen auch bei den Alterseinkünften deutlich schlechter gestellt sind als Männer, wie die von der Europäischen Statistikkommission Eurostat veröffentlichte Erhebung zu den Lebensbedingungen in Europa (EU-SILC 2023) zeigt.

In Deutschland hatten Frauen im Alter von über 65 Jahren im Schnitt Alterseinkünfte in Höhe von 18.663 Euro brutto im Jahr, Männer der gleichen Altersgruppe durchschnittlich 25.599 Euro, ein Unterschied von 27,1 Prozent. Zu den Alterseinkünften wurden Alters- und Hinterbliebenenrenten

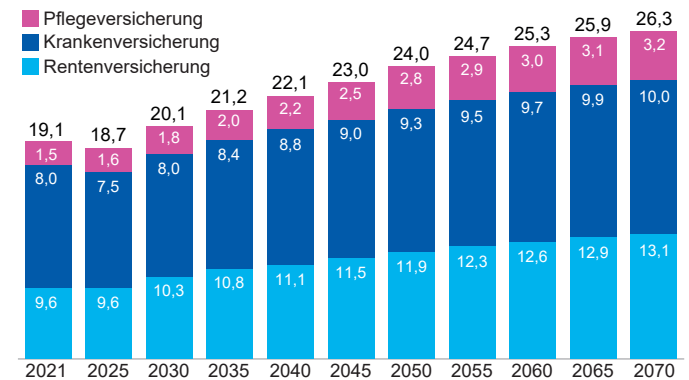
#### Finanzen

Die Projektionen verdeutlichen in welchem Maße die Schuldenstandsquote durch die demografische Alterung künftig ansteigen würde, wenn Beitragssatzanpassungen in den Sozialversicherungen ausblieben und die grundgesetzliche Schuldenbremse aufgegeben würde. Wenn die Schuldenstandsquote Deutschlands, die 2019 mit 59,6 Prozent unterhalb des Maastricht-Referenzwertes von 60 Prozent lag, bis zum Jahr 2070 wieder auf 60 Prozent begrenzt werden soll, müssen erhebliche Konsolidierungsschritte auf der Einnahmen- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte vorgenommen werden.

Positiv auf die Ausgabenquote der Sozialsysteme wirkt sich eine höhere Migration, eine längere Lebensarbeitszeit, eine geringere Erwerbslosigkeit sowie eine höhere Produktivität aus, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Den stärksten dämpfenden Effekt hat langfristig die qualifizierte Zuwanderung, die in die Vorausberechnungen mit 350.000 Personen p.a. ab 2033 eingeflossen ist.

#### Entwicklung der Ausgaben für RV, KV und PV bis 2070\*

Ausgabenquoten in % des BIP



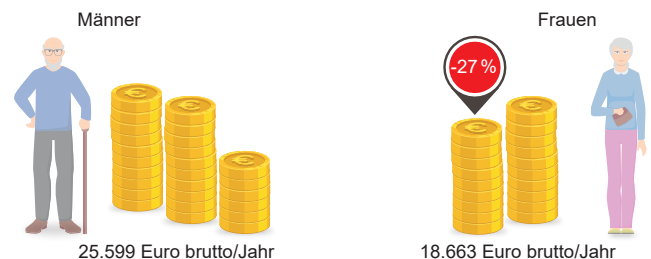
Quelle: Bundesfinanzministerium -Tragfähigkeitsbericht 2024 \*Annahme zur Bevölkerungsentwicklung: niedrige Geburtenziffer, hoher Anstieg Lebenserwartung, niedriger Wanderungssaldo

#### Statistik

und -pensionen sowie Renten aus individueller privater Vorsorge gezählt. Untersucht wurde das Einkommen im Jahr 2022.

Die genannten Ursachen für die Lücke der Alterseinkünfte zwischen Frauen und Männern, dem sogenannten Gender Pension Gap, sind bekannt: Frauen erwerben geringere Rentenansprüche durch die Arbeit in schlechter bezahlten Berufen, arbeiten häufiger in Teilzeit und nehmen häufiger längere Auszeiten zur Sorge und Pflege.

#### Durchschnittliches Alterseinkommen\*, 65 Jahre und älter zur Berechnung des Gender Pension Gap 2023



Quelle: Statistisches Bundesamt 2024, \*Alters-/Hinterbliebenenrenten und -pensionen sowie Renten aus individueller privater Vorsorge 2022. EU-SILC

#### Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.: 117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2024, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.